



Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Prinzenstraße 17, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: post@nst.de

Hildesheimer Erklärung,

3. November 2023

Hass, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit konsequent entgegen- treten

1. Die Oberbürgermeisterkonferenz des Niedersächsischen Städtetages hat mit großer Betroffenheit und Bestürzung die Berichte über den brutalen Angriff auf Israel aufgenommen. Sie verurteilt den Angriff als Akt der Barbarei und des Terrors auf das Schärfste. Die terroristischen Angriffe der Hamas und anderer Organisationen gegen Zivilisten sind mit nichts zu rechtfertigen; sie schaden auch den Interessen der Palästinenserinnen und Palästinenser.
2. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt unserem Partner und Freund Israel und seinen Menschen. Die Oberbürgermeisterkonferenz sichert Israel über die vielen städtepartnerschaftlichen Verbindungen ihre politische und humanitäre Unterstützung zu. Gleichzeitig gilt unser tiefes Mitgefühl allen zivilen Opfern.
3. Hass, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben in Deutschland und in unseren Städten keinen Platz. Jeder Form des Antisemitismus muss entschlossen entgegengetreten werden.
4. Es muss selbstverständlich sein, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und in unseren Städten in Sicherheit und ohne Angst leben können. Die Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen müssen in diesem Kontext lageangepasst erhöht werden. Sicherheitsbehörden sowie der Verfassungsschutz müssen weiterhin wachsam sein, den Kommunen zur Seite stehen und ggf. unterstützen.

5. Das Bejubeln und Propagieren von Hamas-Terror auf deutschen Straßen, Plätzen, Schulhöfen oder sonstigen Räumen und Einrichtungen ist nicht hinnehmbar.
6. Die Oberbürgermeisterkonferenz verurteilt des Weiteren, dass israelische Nationalfahnen entwendet, beschädigt oder gar verbrannt wurden.
7. Solche und ähnliche Straftaten müssen von den Polizeibehörden konsequent verfolgt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geahndet oder bestraft werden. Einstellungen jedweder Art sind bei solchen Straftaten nicht akzeptabel. Insoweit wird der entsprechende Erlass des Niedersächsischen Justizministeriums ausdrücklich begrüßt.
8. Gleichzeitig muss der wehrhafte Rechtsstaat – trotz hoher Hürden – ausländerrechtliche Konsequenzen (wie Ausweisungen) durchsetzen. Die Landesregierung wird hier aufgefordert, in einem engen Austausch und mit fachlicher Begleitung die kommunalen Ausländerbehörden zu unterstützen.
9. Auch in versammlungsrechtlicher Hinsicht sind alle Register zu ziehen. Die Polizeibehörden werden hier weiter um Unterstützung gebeten, damit Hass und Antisemitismus nicht unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit verbreitet wird.
10. Unsere offene Gesellschaft, unser demokratisches Gemeinwesen und unsere Verfassung sowie die Aufnahmebereitschaft vieler Menschen – insbesondere in den Jahren nach 2015 ff. – dürfen nicht missbraucht werden.
11. Die Oberbürgermeisterkonferenz appelliert an alle Menschen in unseren Städten sich respektvoll, tolerant und friedlich zu verhalten. Menschenrechte und unsere demokratische Grundordnung sind zu achten und zu wahren.
12. Die Oberbürgermeisterkonferenz unterstützt die Maßnahmen und Aktivitäten der Landesregierung und bittet sie, kurzfristig einen landesweiten Aktionstag gegen Antisemitismus abzuhalten.